



Enztalbote Wildbader Zeitung  
 Amtsblatt und Anzeiger für Wildbad  
 und das obere Enztal

Druck, Verlag und Schriftleitung: Theodor Graf, Wildbad, Mittelstraße 24. Telefon Nr. 479. — Wohnung: Hans Volmer.

Rummer 259      Fernruf 479      Mittwoch, den 5. November 1930      Fernruf 479      65. Jahrgang.

### Der Reichshaushaltplan 1931

Der Reichshaushaltplan 1931 ist dem Reichsrat zugeweiht worden. In großen Zügen ist der neue Plan bereits bekannt gegeben worden. In Einzelheiten, die von allgemeinem Interesse sind, sei noch folgendes nachgetragen.

#### Auswärtiges Amt

Die Ausgaben werden durch Verminderung von Einzelposten und verschiedene Streichungen von 60,3 auf 55,9 Millionen herabgesetzt.

#### Reichsinnenministerium

Hier werden von den Kürzungen besonders die Beiträge für Wissenschaft und Kunst betroffen. So werden abgetrieben bei der Deutschen Gemeinschaft zur Erhaltung und Förderung der Forschung 810 000 Mark, bei der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaft 450 000 Mark. Der Fonds zur Erziehung ist um 540 000 Mark geringer, die Unterstützung wissenschaftlicher und künstlerischer Zwecke ist um 160 000 Mark gekürzt, die Förderung der Theaterkultur um 300 000 Mark, die studentische Wirtschaftsbeförderung um 500 000 Mark, der Beitrag für künstlerische Zwecke um 320 000 Mark.

#### Reichsfinanzministerium

Die Ausgaben des Reichsfinanzministeriums erfahren eine Senkung von 2441,2 auf 2404,4 Mill. Mk., also um 36,8 Millionen. In Anbetracht der Gesamtausgaben ist dieser Abstrich verhältnismäßig klein. Das

#### Reichswirtschaftsministerium

hat die nicht unbedeutende Einbuße von 436 Mill. Mark gegenüber dem Vorjahr. Gestrichen sind die Beiträge zur Förderung wissenschaftlicher Bestrebungen von allgemein wirtschaftlicher Bedeutung, der Zuschuß für das Deutsche Handwerksinstitut und für das Institut für Konjunkturforschung; vermindert wird die Ausgabe für das Statistische Reichsamts um 3,5 Millionen Mark.

#### Das Reichsverkehrsministerium

müß 16,5 Mill. Mark nachlassen (181,7 gegen 197,2 Mill.), doch wurden die Ausgaben für die Luftfahrt von 38,3 auf 39,1 Mill. erhöht. Davon erhält die Deutsche Luftfahrt 18,825 Mill. (i. V. 19); für Förderung der Luftschiffahrt sind 500 000 Mark, als Beihilfe an den Luftschiffbau Zeppelin für Versuchs-, Studien- und Ausübungsfahrten, ferner 600 000 Mark als Beihilfe für die Einrichtung eines planmäßigen Luftschiffverkehrs in Verbindung mit anderen deutschen Luftfahrtunternehmen vorgesehen.

#### Im Haushalt des

#### Reichsministeriums für Ernährung und Landwirtschaft

sind unter den einmaligen Ausgaben wieder 7,5 Millionen für die Bewegung der Getreideernte vorgesehen. Für Zinsverbesserung für landw. Bodenverbesserungen sind 4,5 statt bisher 2 Millionen eingesetzt. Die Mittel zur Zinsverbesserung für die Milchwirtschaft sind gegenüber dem Vorjahr vergrößert, sie sollen 1,5 Millionen ausmachen. Vermindert ist dagegen der Fonds für landw. Betriebsumstellung und Abfallförderung von 12,6 auf diesmal nur 10,275 Mill. Mark. Für die Stützung der Schlachtviehmärkte werden diesmal nur 4 statt 5 Millionen ausgeworfen. Als Darlehen zur Hebung der landw. Erzeugnisse aus dem an das Reich abgeführten Vermögen der Reichsgetreidekasse sollen wieder 1,5 Millionen gegeben werden. Im übrigen hat der außerordentliche Haushalt des Ernährungsministeriums die stärksten Abstriche erfahren, nämlich von 63,8 auf 36,3 Mill. Mark, oder über 40 v. H.

#### Im Haushalt des

#### Reichsarbeitsministeriums

erfordern die Reichszuschüsse zu den Renten der Invalidenversicherung mit 233 Millionen infolge der Zunahme der Renten gegen das Vorjahr ein Mehr von 16 Millionen Mark. Dagegen wird der Beitrag des Reichs für Steigerungsbeträge der Invalidenversicherung um sieben Millionen herabgesetzt, da die Zahl der in Frage kommenden Renten allmählich geringer wird. Der Reichszuschuß zur Familienwochenhilfe soll im Jahr 1931 ganz fortfallen. Im Kapitel Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung sind die Mittel für die Krisenfürsorge mit Rücksicht auf die Entwicklung des Arbeitsmarkts um 100 auf 400 Millionen erhöht.

#### Im Haushalt des

#### Reichswehrministeriums

beträgt die Ausgabenentlastung 7 Millionen, und zwar 4,5 Millionen beim Heer und 2,5 Millionen bei der Marine. Bei der Marine werden Einnahmen von etwa drei Millionen aus dem Verkauf von nicht mehr dienstfähigen Schiffen erwartet. Der Minderbedarf an fortdauernden Ausgaben beträgt rund 6,8 Millionen gegen den Haushalt von 1930. Dagegen haben sich die Kosten für Schiffsübungsmunition auf 1,4 Millionen erhöht. Die Ausgaben für Luftschiffübungen erhöhen sich um 1 Million. Ins-

### Tagesspiegel

Der „Petit Parisien“ läßt sich aus Washington melden, Mussolini scheine infolge des durch Gibson ausgesendeten Drucks nachgiebiger geworden zu sein und die italienische Forderung der Flottengleichheit mit Frankreich aufzugeben zu haben. Er wolle nämlich eine große Anleihe in Amerika aufnehmen. In Washington sei man über die Tätigkeit Gibsons auf der vorbereitenden Konferenz in Genf sehr zuversichtlich. Gibson ist am Dienstag von Rom nach Genf abgereist.

Der Hamburger Senat erläßt an die Beamtenschaft eine Verwarnung gegen die Zugehörigkeit zur kommunistischen oder nationalsozialistischen Partei.

Der Präsident der Bank von Frankreich, Moret, ist zu Beipredungen mit dem Reichsbankpräsidenten Dr. Luther in Berlin eingetroffen.

gesamt sind die einmaligen Ausgaben gegenüber 1930 um 2,8 Millionen höher angesetzt.

Neu eingestellt sind 5 252 300 M für den Ankauf von Remontepferden und volljährigen Pferden, und zwar werden für 1931 zur regelmäßigen Remontierung 3478 Remonten veranschlagt. Bei der Beschaffung darf der Durchschnittspreis von 1500 M nicht überschritten werden. Durch die Erhöhung des Durchschnittspreises von 1350 M auf 1500 M entsteht eine Mehrausgabe von 521 700 M, von der jedoch 213 300 M durch eine Minderbeschaffung von 158 Remonten wieder eingepart werden. Unter den einmaligen Ausgaben im Reichswehrhaushalt findet man unter anderem für Bildungsweesen einen Betrag von 145 000 M ausgeworfen, der zur Einrichtung landwirtschaftlicher Betriebe und höherer Fachschulen für Landwirtschaft verwendet werden soll. Das Reichswehrministerium will im nächsten Jahr Um- und Anbauten von Unterrichtsgebäuden in Akm vornehmen lassen. Der Gesamtplan ist mit 100 000 M veranschlagt. Im neuen Haushalt findet man für diese Zwecke bereits einen Teilbetrag von 33 000 M ausgeworfen. Zu erwähnen ist auch, daß das Reichswehrministerium 155 000 M zur Verfügung stellt, die als Zuschuß zur Umgestaltung der Neuen Wache in Berlin unter den Linden zu einer Gedächtnisstätte für die Gefallenen des Weltkriegs dienen sollen.

Einer der größeren Haushalte ist der für Versorgungs- und Ruhegehälter mit einer Gesamtausgabe von 1,65 Milliarden Mark. Gegenüber dem Vorjahr sind Kürzungen von insgesamt 104 Millionen Mark eingetreten, von denen allein 96 Millionen Mark auf Einsparungen für Angehörige der ehemaligen Wehrmacht entfallen. 1,55 Millionen Mark sind bei der neuen Wehrmacht, 6,3 Millionen bei der Zivilversorgung gespart worden.

#### Der Kriegslasten-Haushalt

fordert für die Unterstützung der Franken-Empfänger an der Saargrenze fünf Millionen Mark an gegen 7,5 Millionen im Vorjahr. Auch die Mittel für die Offhilfe werden in diesem Haushalt angefordert, und zwar sind insgesamt etwa 90 Millionen Mark vorgesehen. Als restliche Besuchs- und Räumungskosten sind 7,4 Millionen Mark in den Haushalt eingesetzt gegen 84 Millionen im Vorjahr. Insgesamt betragen die äußeren Kriegslasten 1793,8 Millionen Mark gegen 1817,7 Millionen Mark im Jahr 1930. Die äußeren Kriegslasten haben sich somit um 29,9 Millionen Mark verringert. Die inneren Kriegslasten betragen 1670,4 Millionen Mark gegen 1882,8 Millionen im Vorjahr. Hier ist eine Verringerung um 212,4 Millionen eingetreten. Die Kriegslasten der Reichsbahn infolge vermehrter Pensionslasten und der Grenzziehung betragen 303,1 Millionen gegen 314,2 Millionen im Jahr 1930. Die Kriegslasten der Reichspost werden mit 44,7 Millionen angesetzt (im Vorjahr 47,2 Millionen). Insgesamt betragen also die deutschen inneren und äußeren Kriegslasten 3,812 Millionen Mark gegen 4,061,9 im Jahr 1930. Der Rückgang beträgt somit 250 Millionen Mark.

#### Aus dem Wehrhaushalt

##### Mechanische Zünder bei der Reichswehr

Im Haushalt des Reichswehrministeriums für 1931 ist unter den einmaligen Ausgaben auch ein erster Teilbetrag von 750 000 Mark für die Beschaffung von mechanischen Zündern für Artilleriegeschosse eingeordnet. Nach der Begründung sind die bisherigen Pulverbrennzünder auch bei luftdichter Verpackung nicht unbegrenzt lagerfähig.

##### Das Marinebauprogramm

Der Schiffsbauerjatzplan sieht u. a. vor, daß das Panzerschiff „Ersah Preußen“ (Gesamtkosten 75 Millionen Mark) auf den Deutschen Werken, Kiel, 1932 fertig wird. Panzerschiff „Ersah Lothringen“ (73 Mill. Mark) soll 1931 auf der Marinewerft in Wilhelmshaven begonnen, 1934 fertiggestellt, „Ersah Braunschweig“, 1932 begonnen und 1936 fertiggestellt, „Ersah Elb“ 1934 begonnen werden. Der auf der Marinewerft im Bau befindliche Kreuzer „Geipasia“ soll 1931 fertig werden und insgesamt rund 43 Mill.

Mark kosten. Vier Reservezerstörer sollen 1934 bis 1936, fünf Bewachungsfahrzeuge für 2,9 Millionen Mark 1931 bis 1932, fünf Torpedoboote ab 1936 gebaut werden.

Artillerieschulboot „Ersah Drache“ (Gesamtkosten 9,54 Millionen) wird 1931 auf der Marinewerft fertig. Artillerieschulboot „Ersah Hay“ soll 1936 beginnen. Fahrzeuge für 1,5 Millionen sollen 1931/32 gebaut werden. Als Gesamt-Ersah-Betrag für Schiffsneubauten wird für die sechs Jahre, die der Plan umfaßt, die Durchschnittssumme von 50 Millionen angegeben. Das Panzerschiff „Ersah Lothringen“ soll um 2 Millionen billiger hergestellt werden als „Ersah Preußen“.

### Der Haushaltplan im Reichsrat

Berlin, 4. Nov. Die öffentliche Sitzung des Reichsrats zur Beratung des Haushaltplans 1931 wurde heute im großen Saal des Haushaltsausschusses des Reichstags durch Reichskanzler Dr. Brüning eröffnet. Der Reichskanzler beleuchtete kurz die Finanz- und Wirtschaftslage und ersuchte den Reichsrat, die vorgelegten Besetzungswürfe rasch zu verabschieden. Darauf begründete Reichsfinanzminister Dr. Dietrich die einzelnen Besätze. Die schwebenden Schulden betragen am 1. April 1930 1670 Millionen. Menschlicher Voraussicht noch werden unsere schwebenden Schulden am 31. März 1931 ungefähr wieder die gleichen sein wie im Jahr zuvor. Reichsarbeitsminister Dr. Stegerwald erklärte u. a., die Regierung rechne damit, daß es im nächsten Jahr 1,25 Millionen Hauptunterstützungsempfänger in der Arbeitslosenversicherung gebe, dazu 900 000 Unterfützte der Krisenfürsorge und 800 000 Wohlfahrtsunterfützte. Wenn der Beitrag von 6% v. H. in der Arbeitslosenunterstützung beibehalten werde, so hoffe die Regierung, mit den vorgesehenen Zuschußmitteln auszureichen.

Um 12 Uhr mittags wurde die öffentliche Sitzung geschlossen und die Beratung in vertraulicher Sitzung fortgesetzt, in der fast sämtliche Finanzminister der Länder sich dahin aussprachen, daß sie an dem Reformwerk mitarbeiten wollen, wenn sie auch gegen Einzelheiten Bedenken geltend machen müssen.

### Neue Nachrichten

#### Der Rapp-Butsch vor dem Reichsgericht

##### Muß Kapitän Ehrhardt bezahlen?

Berlin, 4. Nov. Das Reichsgericht wird sich heute, dem „Vorwärts“ zufolge, noch einmal mit dem Rapp-Butsch zu beschäftigen haben, und zwar mit den zivilrechtlichen Folgen des Unternehmens, die sich für den ehemaligen Führer der Marinebrigade Kapitän Ehrhardt, ergeben. Ehrhardt hatte, ebenso wie General v. Rüttwih und Major Bischoff, im August 1927 vom Reichswehrministerium die Mitteilung erhalten, daß er wegen des Schandens, der dem Reich durch den Rapp-Butsch erwachsen sei, in voller Höhe in Anspruch genommen werde. Gegen diesen Bescheid ließ Ehrhardt eine Feststellungsklage beim Landgericht 1 einreichen, wonach das Reich gegen ihn keine Schadenersatzansprüche geltend machen könne. Das Landgericht 1 in Berlin hatte die Schadenersatzansprüche des Ministeriums zum Teil als berechtigt anerkannt, während das Kammergericht diese Entscheidung aufhob, weil die Schadenersatzansprüche des Reichs erst so spät geltend gemacht worden seien, daß sie als ver-wirkt angesehen werden müßten. Gegen dieses Urteil meldete das Reichswehrministerium Revision an, die nun den 3. Zivilsenat des Reichsgerichts beschäftigen wird.

#### Die Pensionsansprüche des Kapitäns Ehrhardt vor dem Reichsgericht

Leipzig, 4. Nov. Vor dem Reichsgericht wurde heute der Prozeß um die Pensionsansprüche des als Führer im Rapp-Butsch bekanntgewordenen Kapitäns Ehrhardt verhandelt. Wie erinnerlich, hatte der Reichswehrminister Ehrhardt mit Schreiben vom 12. August 1927 mitgeteilt, daß das Reich ihn für die durch den Rapp-Butsch entstandenen Schäden in Höhe von 6,3 Millionen Goldmark verantwortlich machen werde. Demzufolge sollte die Pension Ehrhardts einbehalten und gegen diese Forderung aufgerechnet werden. Das Kammergericht hatte jedoch eine Aufrechnung für unzulässig erachtet, weil die Forderungen des Reichs infolge verspäteter Geltendmachung bereits verwirkt seien. Der erkennende Dritte Zivilsenat des Reichsgerichts kam jedoch am heutigen Verhandlungstag noch nicht zu einer Entscheidung und lehnte die Verkündung des Urteils auf den 2. Dezember d. J. fest.

##### Maßregelung

Wernigerode, 4. Nov. Der Regierungspräsident in Magdeburg hat den unbedienten Stadtrat Dr. Böttcher in Wernigerode des Amts entsetzt und ein Verfahren gegen ihn eingeleitet mit der Begründung, Böttcher habe durch seine Zugehörigkeit zur Nationalsozialistischen Arbeiterpartei die Pflichten verletzt, die ihm sein Amt als Stadtrat auferlege, und er habe sich damit des Ansehens, der Achtung und des Vertrauens, die sein Beruf erfordere, unwür-

big gezeigt. Dr. Böttcher hat den Regierungspräsidenten wegen Beleidigung verklagt.

Der wegen seines Eintretens für den Volksentscheid von der früheren braunschweigischen Regierung mit Dienstentlohnung bestrafte Amtsgerichtsrat Gerhard in Braunschweig ist durch die neue Regierung wieder in seine bisherige Stellung eingesetzt worden.

#### Die Kundgebung des Reichskanzlers

Paris, 4. Nov. Die Kundgebung des Reichskanzlers Brüning findet in der Pariser Presse nur geringe Beachtung. Bis jetzt haben sich nur der „Temps“ und das „Journal des Debats“ mit kurzen Bemerkungen dazu geäußert. Brüning wolle dasselbe wie die „aufgeregtesten Nationalisten“, der Unterschied bestehe nur in der Form.

## Württemberg

Stuttgart, 4. November.

**Vom Landtag.** Der Petitionsausschuss des Landtags hielt am Montag nachmittag eine Sitzung ab, um verschiedene Eingaben zu beraten.

**Die Arbeitsmarktlage im Arbeitsamtsbezirk Stuttgart.** Am 15. Oktober 1930 waren im Arbeitsamtsbezirk Stuttgart 8478 männliche und 1628 weibliche Arbeitslosenunterstützungsempfänger vorhanden. Neu hinzugekommen sind 2542 Männer und 428 Frauen. Ausgeschieden sind 1950 Männer und 305 Frauen. Bei den Männern erhebt somit ein Zugang um 592 Personen, bei den Frauen ein solcher um 123 Personen. Stand am 1. November 1930: 9070 männliche und 1751 weibliche, zusammen 10 821 Arbeitslosenunterstützungsempfänger. In der Krise unterstützung standen am 15. Oktober 1930: 1968 männliche und 522 weibliche Personen. Neu aufgenommen wurden 432 Männer und 94 Frauen. Ausgeschieden sind 295 männliche und 94 weibliche Personen. Bei den Männern ergibt somit ein Zugang um 137 Personen, bei den Frauen kein Zugang. Somit stand am 1. November 1930 2105 männliche und 522 weibliche, zusammen 2627 Arbeitslosenunterstützungsempfänger. Davon entfallen 8166 auf Groß-Stuttgart.

**ep Bibelfest der Württ. Bibelanstalt.** Das 118. Bibelfest der Württ. Bibelanstalt am Reformationssonntag konnte auch dieses Jahr wieder eine große Gemeinde von Freunden des Bibelwerks in der Stiftskirche versammeln. Stadtpfarrer Schmidt erstattete den Jahresbericht, von dem wir das Wesentlichste bereits veröffentlicht haben. Er gedachte besonders des verstorbenen Missionspredigers G. M u n z, der seit 1916 dem Verwaltungsrat der Bibelanstalt angehört hat. An seine Stelle tritt Missionssekretär Pfarrer Fehle. Zum Schluß folgte die übliche Bibelverteilung an eine Anzahl christlicher Jugendvereine aus dem ganzen Land. Am Montagabend versammelte sich ein engerer Kreis von Freunden und Mitarbeitern der Anstalt zu einer Achtsfeier im Furtbachhaus.

**Stuttgart, 4. Nov.** Vom herzoglichen Haus. Die Herzogin Adele von Württemberg, Schwester des Königs Boris von Bulgarien, die Gemahlin des Herzogs Albrecht Eugen von Württemberg, des zweiten Sohns von Herzog Albrecht, ist am 2. November in Karlsruhe in Ober-Schleffen von einem gesunden Prinzen entbunden worden.

**Interessante Zahlen aus dem Reichshaushaltsplan 1931 für Württemberg.** Der neue Plan enthält u. a. folgende Angaben: Der Etat des Reichsfinanzministeriums führt unter einmaligen Ausgaben auf: Für Ankauf des Dienstgebäudes des früheren Generalkommandos des 13. Armeekorps als Dienstgebäude für das Landesfinanzamt Stuttgart 8. Teilbetrag 47 400 M oder um 2255 M mehr als im Vorjahr; für Umbau des Hauptzollamtgebäudes in Friedrichshafen 1. Teilbetrag 100 000 M. Im Etat des Reichsverkehrsministeriums finden sich unter fortdauernden Ausgaben: Beitrag zu den Betriebskosten der Drachenwarte am Bodensee erstmalig 22 430 M; ferner Beteiligung des Reichs an der Redar-WG durch Uebernahme von Aktien und Gewährung von Darlehen 3 740 000 M oder um 300 000 M weniger als im Vorjahr; Maßnahmen zur Verbesserung der Hochwasserhältnisse am Redar in den Gemarkungen Stuttgart-Canstatt und Münster 2. Ergänzungsbeitrag 367 000 M oder um 114 000 M mehr als im Vorjahr.

**Prüfung.** Auf Grund der im September und Oktober ds. Js. in Tübingen abgehaltenen Prüfung haben 17 Teilnehmer die Befähigung für die höheren Stellen im Volksschuldienst erlangt.

**Rettungsmedaillen.** Der Staatspräsident hat dem Dr. phil. Erwin B u m m in Münster in Westfalen die Rettungsmedaillen verliehen.

**Der Wohnungsbau in Stuttgart.** Nach der städtischen Statistik wurden im ersten Halbjahr 1930 in Groß-Stuttgart 1333 Wohnungen mit 5500 Wohnräumen erstellt. Davon hoben 225 Wohnungen 1—3, 1062 4—6 und 46 (in der Hauptsache Einfamilienhäuser) 7 und mehr Wohnräume. Mit öffentlichen Mitteln wurden 1198, privat nur 135 Wohnungen erstellt. Der Wohnungszugang im zweiten Halbjahr dürfte etwa gleich groß sein wie im ersten; in dem Vorort W a n g e n werden in nächster Zeit allein 400 Wohnungen bezugsfertig sein.

**5. Bezirksstag der württ. Volksbühnenvereine.** Am letzten Sonntag versammelten sich im Hotel Dierlamm in Stuttgart die Vertreter der im Verband der Deutschen Volksbühnenvereine zusammengeschlossenen württ. Volksbühnenvereine zur 5. Bezirksstagung. Der Geschäftsbericht zeigte, daß die Arbeit der Volksbühnenvereine auch in Württemberg unter den Auswirkungen der Wirtschaftskrise leidet. Die Volksbühnenbewegung ist heute eine wesentliche Stütze des Theaters in Württemberg.

**Bund Oberland-Stahlhelm-Jungbauernbund.** Zwischen dem „Stahlhelm B. d. F. Landesverband Baden-Württemberg“ und dem „Württemberg. Jungbauernbund“ ist kürzlich eine Arbeitsgemeinschaft zustande gekommen, die schon am 6. und 7. Dezember im Rahmen einer in Heilbronn stattfindenden gemeinsamen Kundgebung beider Organisationen ihren ersten öffentlichen Niederschlag finden wird. Auch der „Bund Oberland“ hat sich nun den „Stahlhelm“ als seine Dachorganisation gewählt und zwar ohne sich zunächst parteimäßig zu binden. Rein äußerlich werden sich die Oberländer in der Tracht den diesbezüglichen Bestimmungen des „Stahlhelm“ anpassen, ihre feierlichen Abzeichen aber als Traditionsabzeichen weiter tragen. Gemäß dieser von der Kreisleitung Württemberg des Bundes Oberland gegebenen Weisungen fand am 28. Oktober in Ehlingen eine Versammlung statt, an der als Vertreter des „Stahlhelm B. d. F.“ und „Jungstahlhelm“ der Führer des Gau's Stuttgart Major a. D. K o l s h o r n teilnahm. In Uebereinstimmung in den beiderseitigen Zielen wurde beschlossen, in Ehlingen eine Stahlhelmortgruppe zu gründen, was inzwischen geschehen ist. Die Führung der Ortsgruppe wurde in die Hände des bisherigen Kreisleiters des Bundes Oberland Hauptmann a. D. S c h ö l l gelegt.

**Berufung im G. d. F.-Prozess.** Wie die „Schwäbische Tagwacht“ hört, hat Rechtsanwalt Dr. Elßaß (Stuttgart), der Verteidiger des Angeklagten Heufeshoven im G. d. F.-Prozess, im Auftrag seines Mandanten gegen das Urteil, das Heufeshoven eine Geldstrafe von 300 Mark auferlegte, Berufung eingelegt.

## Aus dem Lande

**Hall, 4. Nov.** Der Postautounfall fordert ein Todesopfer. Landwirt Sommer von Wihmannsweiler, der bei dem Unfall des Postautos Hall-Mainhardt am vergangenen Freitag schwere Verletzungen davontrug, ist am Montag vormittag im Diakonissenhaus gestorben. Der Tod dieses Mannes, der 85. Lebensjahr stand, ist umso tragischer, als Sommer erst vor kurzem eine schwere Operation gut überstand und nun am Freitag zu einer Nachuntersuchung im Diakonissenhaus weilte. Sommer war trotz seines hohen Alters noch sehr rüstig. So ist er in Hall zu tun hatte, machte er den Weg hin und zurück zu Fuß und benutzte erst bei seinem letzten Hiersein zum erstenmal zur Heimfahrt das ihm zum Verhängnis gewordene Postauto.

**Rupflingen O. Spaichingen, 4. Nov.** Schwere Unfall. In Engstatt führte ein hiesiger Bürger, der ledige Hirschwirt Mathäus M a u c h mit zwei anderen Führern Langholz auf das Sägewerk. Beim Abladen drückte ein Stamm unerwartet den Hinterrahmen um, so daß das eine Rad und die Deichsel am Hinterrahmen emporschnellten. Die letztere traf den M a u c h so unglücklich an den Kopf, daß er einen schweren Schädelbruch davontrug. Er wurde nach Tübingen verbracht, wo er seitdem bewußtlos darniederliegt.

**Schwenningen, 4. Nov.** Streithändel. In der

**Karlhan Wundin** *Geramenzschrifter*

reiner, roter Haut, bei allen Hautschäden, Frostbeulen, als Massagemittel, vor und nach Sportübungen, zur Hautpflege, sowie bei Gliederreissen und Leisten mit Kropp-Salbe (Unst. in univ. Kropp) das Beste. Originalpackungen à 1 RM. 1- und 1.50 in Apotheken, Drogerien und Friseurgeschäften. Muster und Prospekte kostenlos durch

**Laboratorium Kropp, Luftkurort, Wüstenrot B 1.**

Nimm aber keine Ersatzmittel, sondern *mit Kropp's Salbe*

Nacht auf Sonntag gab es Ede Bismard- und Ulfandstraße zwischen zwei Ehepaaren Streit. Hierbei wurde der verheiratete Ernst Kraft von hier durch Messerstücke so schwer verletzt, daß er ins Krankenhaus verbracht werden mußte, wo er einer Operation unterzogen wurde. Dem Verletzten wurde viermal der Blinddarm durchstoßen.

**Ulm, 4. Nov.** Von der Reichswehr. Wie gemeldet wird, soll der Stab des 5. Feldartillerieregiments von Fulda nach Ulm verlegt werden.

**Ulm 4. Nov.** Vom Rathaus. In der letzten Gemeinderatssitzung wurde der Antrag der Bürgerpartei auf Aufhebung des Wohnungsmangelgesetzes für die Stadt Ulm mit 20 gegen 18 Stimmen abgelehnt. Gemeinderat Rothmann hatte den Antrag gestellt, das Wohnungsamt auf 31. Juli 1931 aufzuheben und die Geschäfte dem Viegenhofsamt anzureihen. Dieser Antrag wurde mit 23 gegen 15 Stimmen angenommen. Eine Aussprache entstand über die Frage der Herausnahme der 4-Zimmer-Wohnungen aus der Zwangswirtschaft. Dieser Antrag wurde mit 21 gegen 17 Stimmen angenommen. Das Zentrum und die Sozialdemokratie stimmten fast geschlossen gegen sämtliche Anträge.

Der sozialdemokratische Gemeinderat Wolf hat, wie wir hören, sein Amt als Gemeinderat niedergelegt. Bekanntlich wurde letzte Woche Wolf wegen Körperverletzung, begangen an einem Nationalsozialisten, verurteilt. Wahrscheinlich dürfte der Gang dieser Verhandlung der Anlaß zu diesem Schritt sein. Frau Redakteur Greiner, die die nächsthöchste Stimmzahl hat, wird die Nachfolgerin des Ausscheidenden werden.

**Kautionschwinder.** Von Jülich und St. Gallen aus hat ein Schwinder mit Zeitungsinferaten in Ulm einen Boten zum Vertrieb von Zeitungen gesucht und eine Sicherheit von 150 Fr. verlangt. Als Adresse gab er Jülich, Waffenplatzstraße 421 — Beckmann an. Nach den Feststellungen sind zahlreiche Angebote von Ulm und Umgebung aus dem Schwinder zugegangen, einzelne Personen haben auch das verlangte Geld eingeschickt. Das Geld ist für die Einsender verloren.

**Festgenommen.** — Autodiebstahl. Zwei Frauenzimmer aus der Pfalz, Mutter und Tochter im Alter von 53 und 28 Jahren, die in letzter Zeit als angeblich Taubstumme einen Hausierhandel mit Taschen- und anderen Tüchern in Ulm und Umgebung führten, wurden festgenommen. Auf der Polizeiwache erlangten sie alsbald die Sprache und das Gehör wieder. — In der Nacht auf Montag wurde aus einer Garage hier ein Personenkraftwagen gestohlen. In dem Hinterrad ist ein Erfahrener und ein Koffer befestigt.

**Riedlingen, 4. Nov.** Vorgetäuschter Ueberfall. Am Samstag morgen wurde von der hiesigen Polizei ein blutender Handwerksbursche auf der Straße aufgelesen, der angab, überfallen worden zu sein. Nach eingehendem Verhör gab er zu, den Ueberfall martiert und die Verletzungen sich selbst beigebracht zu haben.

**Ravensburg, 4. Nov.** Amtsunterschlagung. Wegen Amtsunterschlagung und Urkundenfälschung verurteilte das erweiterte Schöffengericht hier Borstik von Amtsgerichtsdirktor Albus den 63 J. alten Schumacher und Landwirt Joseph M a t t aus Kleinwinndalen (Ode. Schuffenried) zu 6 1/2 Monaten Gefängnis. M a t t hatte in seiner Eigenschaft als Teilgemeindefeuer 1630 Mark Steuerelder unterschlagen und seine Veruntreuungen durch falsche Buchungen verdeckt.

**Berkheim O. Leutkirch, 4. Nov.** Brand. In der Nacht zum Sonntag brach im Dekonomiegebäude der Gastwirtschaft zur „Krone“ von Morgenröth hier Feuer aus, das in den großen Erntevorräten reichliche Nahrung fand. Das Dekonomiegebäude brannte völlig ab. Der Schaden beträgt etwa 20 000 Mark. Brandstiftung wird vermutet.

**Rot O. Leutkirch, 4. Nov.** Großer Brandschaden. Zu dem gemeldeten Brand im Verena Hof wird noch mitgeteilt, daß der Brandschaden etwa 40 000 Mark beträgt. Das Hofgut hat 250 Morgen. Die ganze Ernte ist verbrannt. Man vermutet Brandstiftung.

**Geislingen a. d. St., 4. Nov.** Die Entlassungen bei der W. M. F. in Geislingen. Wie die Direktion der Württ. Metallwarenfabrik in Geislingen mitteilt, entspricht die Mitteilung des „Hohenstaufen“, daß die beabsichtigte Entlassung von Arbeitern und Anarbeitern durch Mangel an Aufträgen veranlaßt sei, nicht den Tatsachen. Die Angaben über den Umfang der Entlassungen werden von der Direktion als unrichtig bezeichnet.

**Von der bayerischen Grenze, 4. Nov.** Eine Gemeinde ohne Finanznot. Unter den zahlreichen, von schwerer Finanznot bedrückten Gemeinden ist Babenhäusen ein weißer Aase. Der Haushaltsplan der Marktgemeinde weist einen Ueberfluß von 25 000 Mark aus.

## Des Weibes Waffen.

Original-Roman von Elisabeth Borchart.

22 Fortsetzung Nachdruck verboten.

„Niemand wurde darüber gesprochen,“ erwiderte Jutta, „aber wir hielten es alle für so selbstverständlich.“

„Nun, mein Kind,“ Frau von Wildenfels nahm die Hand ihrer Tochter und strich beruhigend darüber hin, „was den Onkel auch zu seinen Bestimmungen veranlaßt haben mag, du hast jedenfalls allen Grund, ihm von Herzen dankbar zu sein und dich dessen zu erfreuen, was er dir in seiner Güte beschieden hat, und was dir so unerwartet in den Schoß gefallen ist. Wie traurig warst du gestern noch, dein liebes Rotenfeld verlassen zu müssen.“

Jutta seufzte schwer auf und nickte vor sich hin. „Bitterschwer wäre mir das Scheiden geworden,“ gestand sie mit bebender Stimme, „aber ich hätte es hingeben um — seinetwillen.“

Da horchte die Mutter erstaunt auf und ein forschender Blick ging über der Tochter Züge.

„Wolf Dietrich wird sich zu trösten wissen,“ sagte sie, „mache dir seinetwegen keine Sorge.“

Als Jutta aber nicht antwortete und mit gesenktem Kopf und fest zusammengepreßten Lippen dasaß, sprach sie weiter, leise zögernd:

„Sollte sich — kein Ausgleich finden lassen?“

Jutta sah sie befreundend an.

„Wie meinst du das, Mutter?“

„Kind — ist da — etwas zwischen euch — was —“

Da verstand Jutta sie endlich; sie wurde blaß.

„Wie, Mutter!“ rief sie fast heftig abwehrend dazwischen.

„Wolf Dietrich ist gebunden — verlobt.“

„Ah — dann allerdings — aber nun begreife ich dich erst recht nicht, Jutta.“ In diesem Augenblick pochte es an die Tür und Lieselotte trat herein, um Mutter und Schwester abzuholen. Die Abfertigung kam beiden gelegen, und sie gingen zusammen hinunter, wo im Speisezimmer bereits der Abendrottlich gedeckt stand und der Vater ihrer wartete.

Wolf Dietrich war in verzweifelter Stimmung von der Testamentseröffnung nach Hause gekommen. Die Enttäuschung war zu herbe und bitter gewesen, sie hatte ihn bis ins Mark getroffen und verwundet. Ein tiefer Groll gegen den Onkel packte ihn zunächst, er nannte ihn hart und grausam. Denn hatte er ihn nicht in dem Glauben bestärkt, auch wenn er es nie ausgesprochen hatte? Und nun machte er Jutta zur Erbin an seine Stelle. Ein Stachel senkte sich in seine Brust. Warum hatte er ihm das angetan? Wollte er ihn dafür strafen, daß er seine Pläne zunichte gemacht und sich von Jutta ab- und Mira zugewandt hatte, oder — ein Gedanke bligte in ihm auf, jäh, erschauernd — wollte er ihn etwa dadurch zu Jutta zurückzwingen? Ein hartes, spöttisches Aufschauen kam aus seinem Munde. Wozu hatte ihn der Onkel machen wollen, wenn seine Annahme stimmte? Zu einem Erbsenen, der sein gegebenes Wort bricht. Und die Geliebte, seine süße, bestrickende Mira, aufgeben, um sich in den Besitz des Erbes zu bringen und eine Frau zu heiraten, die nichts für ihn empfand, ihm wohl noch einen Keck gegeben hätte? „Niemand!“ schrie es in ihm auf. Wochte lieber die ganze Erbschaft zum Teufel gehen. Was fragt die Liebe nach schändem Rammon? Wohl hätte er die Geliebte gern mit allem Reichtum und Luxus umgeben, ihr jeden Wunsch erfüllen mögen; kein Rahmen schien ihm kostbar genug für ihre blendend schöne Gestalt. Nun mußte er ihr

Einschränkungen auferlegen, denn die Zinsen von 10 000 Mark standen in keinem Verhältnis zu dem Wert des Gutes. Große Ansprüche durfte sie nicht stellen. Das alles schmerzte ihn, aber man konnte auch in bescheidenen Verhältnissen glücklich werden. Eine Enttäuschung würde ihr die Nachricht wohl zuerst bereiten, aber ihre Liebe würde darüber triumphieren — und diese Liebe, die kein Reichthum ersetzen konnte, würde auch ihn hinwegtragen über die Enttäuschung und ihre Bitternisse.

So tröstete er sich und dennoch bangte ihm davor, ihr die Kunde zu bringen. Er hätte es in einem feststimmten Bangigkeitsgefühl hinauschieben mögen. Doch das ging nicht an. Morgen schon war es wohl in aller Munde, und nur er allein durfte es ihr schonend beibringen. So entschloß er sich schweren Herzens dazu, ließ sein Pferd satteln und ritt nach Großhagen. Ihm war nicht wohl zu Mute, und das treue Tier unter ihm schien mit ihm zu fühlen. Unruhig, schnaubend und pustend ging es, und als man im Schloßhof von Großhagen angelangt war, triefte es vor Schweiß, und Schaum floß ihm vom Maul.

Wolf Dietrich übergab dem herzweilenden Reitknecht das Tier mit sachgemäßen Anweisungen und ging dann ins Schloß. (Fortsetzung folgt.)

**Widder-Wachse**

**Widder-Wachse** sind vortrefflich

Vom bayerischen Allgäu, 4. Nov. Einbruchsdiebstahl. In kurzer Zeit zum zweiten Mal wurde in den Geschäftsräumen des Käsegroßhändlers Gmelin in Rempten in der Nacht zum Allerheiligentag eingebrochen und eine Menge Butter, Käse und Fleischwaren gestohlen. Die Diebesbeute war so ergiebig, daß sie nur mit einem Lastkraftwagen fortgeschafft werden konnte. An Bargeld fanden die Einbrecher nur 4 Mark vor. — Auf dem Bahnhof in Memmingen wurden in der Nacht von einem Burtschen drei Eisenbahnwagen, in denen sich Stückgut befand, erbrochen. Der Einbrecher wurde bei seiner Arbeit von der Bahnpolizei entdeckt. Da er sich nicht verhaften ließ, gab der Beamte vier Schüsse ab, die den Burtschen erheblich verletzt haben müssen. Trotzdem gelang es ihm, im Dunkel der Nacht zu entweichen. Die Reichsbahn hat für die Ermittlung des Täters 100 Mark ausgelegt.

Hechingen, 4. Nov. Stiftung für das Realgymnasium. Die Familie Justizrat Senn-Hechingen hat zum Gedächtnis an ihre um das hiesige Realgymnasium und die Vaterstadt Hechingen so hochverdienten Eltern eine neue namhafte Summe dem Realgymnasium zur Verfügung gestellt, mit der Bedingung, daß die jährlichen Zinsen des Kapitals zur Ausgestaltung der „Hohenzollerischen Heimatbücherei“ verwendet werden. Zugleich stiftete Dr. Senn-Konstanz der Heimatbücherei eine Bücherschenkung von vielen Hunderten Stücken einheimischer Literatur.

## Gegen die Fortsetzung des Neckarkanalbaus Eine Erklärung des Bauernbunds

Stuttgart, 4. Nov. Die „Schwäbische Tageszeitung“, das Organ des Württ. Bauern- und Weinbauernbunds, wendet sich gegen den vor einigen Tagen im Finanzausschuß des Landtags gefassten Beschluß, weitere 8 Millionen Mark für den Ausbau des Neckarkanals in Heilbronn zur Verfügung zu stellen. Das Blatt schreibt, das ganze Unternehmen der Neckarkanalisierung sei ein Fehlschlag schlimmster Art. Seit zehn Jahren werden Millionen über Millionen im Neckar von Mannheim bis Heilbronn verbaut mit dem Ergebnis, daß wenn der Kanal fertig ist, so wenig auf ihm befördert werden kann, daß nicht einmal die Kosten des Betriebs herausgewirtschaftet werden können und von irgend einem Ertrag des Kapitals keine Rede sein kann. Deshalb wird auch der Kanal nicht aus Anleihen, sondern aus Steuern im Mittel gebaut. Man will die Leistungen des Staats an die Gemeinden für Schulzwecke abbauen. Man schränkt den Wohnungsbau ein, man hat kein Geld für Meliorationen und Feldbereinigungen, dringende Straßenbauten, z. B. die Umgehungsstraßen von Vietleheim bis Heilbronn werden zurückgestellt, trotzdem auch hier Arbeitsbeschaffung möglich wäre, nur um dem Phantom des unwirtschaftlichen, längst überholten Neckarkanalprojekts nachzugehen. Rührten denkende Verkehrsbeamte erklären, daß heutzutage ein Neckarkanal Unsinn sei. Für die Zufahrt kommt das bishige Salz in Betracht, dann aber ist es fertig mit Transportgütern. Bei unserer Veredelungsindustrie kommen keine Massengüter in Betracht, denn ein 1200-Tonnen-Schiff, für das der Kanal erbaut würde, umfaßt 60 Güterwagen zu je 200 Tonnen, was jedoch an Massengüter den Neckar heraufkommt, ist nicht viel. Der Kohlenbedarf Württembergs ist nicht so groß, ein Teil müßte in Heilbronn umgeladen werden; er kann aber wahrscheinlich von der Reichsbahn auf anderen Umschlagplätzen billiger geliefert werden. Die Reichsbahn macht dem Kanal die schwerste Konkurrenz. Hinzu kommt die sich immer mehr steigende Erzeugung der „weißen Kohle“ direkt an den Kohlengruben und deren Versand durch die Stromleitungen. Neben Kohle kommt als Massengut nichts mehr in Betracht. Getreide aus Kanada und Amerika kommt nicht in Frage, zuerst müssen wir unseren eigenen Weizen und Gerste absetzen. Holz brauchen wir keine und haben ja erst die Flößerei abgekauft, um mit der Eisenbahn zu transportieren. Man wird auch vom Schwarzwald nicht zuerst das Holz mit der Bahn nach Heilbronn senden und es dort auf Kanalschiffe umladen, sondern wenn es einmal in Nagold oder Calw oder Reutenburg auf der Bahn verladen ist, wird es nach Mannheim rollen und an seinen Bestimmungsort fahren. Die Reichsbahn wird diesen Wettbewerb mit Leichtigkeit aufnehmen, und im Neckarkanal wird eine ganz unheimliche Stille sein. Der ganze Neckarkanal ist kein Geschäftsunternehmen mit Aussicht auf irgend einen volkswirtschaftlichen Wert, er ist eine technische Spielerei, bei der man leichtherzig und von Jahr zu Jahr Millionen für Wasserbauten ausgibt, die im Neckarwasser verschwenden. Was noch unbedingt sein muß, wäre mit den einfachsten Mitteln und dem geringsten Geldaufwand fertigzustellen. Dann aber soll man sich nicht mehr von Technikern und Phantasten zu weiteren Unternehmungen verleiten lassen. Besonders zu warnen ist vor Schuldaufnahmen für Zwecke, die nie einen Ertrag bringen. Württemberg begibt sich durch den Beschluß seines Finanzausschusses auf einen abschüssigen Weg. Wir haben uns bisher gehütet, in Schulden größeren Umfangs hineinzuschlittern, jetzt fangen wir an, leichtsinnig zu werden. Gerade vom Standpunkt des Wirtschaftsministeriums aus sollte man ansehts der Lage der Volkswirtschaft außerordentlich vorsichtig sein und den Finanzminister nicht dazu drängen, seine nichterne Finanzpolitik aufzugeben und zu vergessen, in welcher verzweifelter Lage unsere Reichsfinanzen und die Finanzen unserer Steuerzahler sind. Das Blatt schreibt zum Schluß: Wir vom Württ. Bauernbund können den gestellten Anträgen unsere Zustimmung nicht geben, wir sind gegen jeden Vorgriff und vor allem gegen eine weitere Bindung. Hier wirft man Millionen ins Wasser zu einer Zeit, wo die schärfsten Sparerlasse hinausgehen und wo die Finanzminister mit Auslandsgeid ihren Staatshaushalt in Ordnung bringen müssen.

## Das Urteil im ostpreussischen Landvolkprozeß

Königsberg, 4. Nov. Im ostpreussischen Landvolkprozeß verkündete der Vorsitzende um 3 Uhr folgendes Urteil: Die Angeklagten Doepner, von Platen, von Weiß und Tymian werden verurteilt wegen Vergehens gegen § 129 StGB, und zwar von Platen, von Weiß und Tymian zu 3 Monaten Gefängnis, Doepner zu 5 Monaten Gefängnis, die Angeklagten Buchholz und Pallinat wegen schweren Auftrags zu 6 Monaten Gefängnis. Die Angeklagten Doepner und Wegener werden von der Anklage des schweren Auftrags freigesprochen. Den Angeklagten Buchholz und Pallinat wird die erlittene Untersuchungshaft in voller Höhe auf die erkannte Strafe angerechnet. Die Kosten des Verfahrens fallen, soweit Verurteilung erfolgte, den Angeklagten zur Last, im übrigen der Staatskasse. — Die Ursache des Prozesses ist, wie im holländischen Bombenlegerprozeß, die große Not der Landwirtschaft und die rücksichtslose Steuereintreibung bzw. Pfändung.

## Berliner Hypothekenbank Aktiengesellschaft Berlin W 56, Taubenstr. 22

Zur Kapitalanlage empfehlen wir unsere  
7% Gold-Hypothekendarlehen Serie 11  
— Gesamtkündigung bis zum 1. Juli 1935  
ausgeschlossen —

Dieselben können durch sämtliche  
Banken, Bankiers, Sparkassen und Kredit-  
genossenschaften zum jeweiligen Börsen-  
kurs z. Z. 95,-% bezogen werden.

## Kleine Nachrichten aus aller Welt

Spende für Alsdorf. Die Deutsche Reichsbahn-Gesellschaft hat für die Opfer des Grubenunglücks in Alsdorf 20 000 Mark überwiesen.

Todesfall. In Dinslaken, Reg.-Bez. Düsseldorf, ist der preussische Landtagsabgeordnete Schluchtmann (Soz.), Landrat des Kreises Dinslaken, im Alter von 53 Jahren an einem Herzschlag gestorben. Schluchtmann war früher Bergarbeiter und dann Parteifunktionär.

Schneeefall im Schwarzwald. Das Sturmweiser der letzten Tage hat für den badischen Schwarzwald neuerlichen Schneeefall im Gefolge gehabt. Es liegt bis 700 Meter herab Schnee. Im Feldberggebiet, das eine Schneedecke von 15 Zentimetern aufweist, ist bereits Sportmöglichkeit vorhanden.

Die Frau erschlagen. In Heidelberg hat am Sonntagabend der 46 J. a. Tagelöhner und Bauarbeiter Karl Sahm in seiner Wohnung in der Ziegelhauerstraße seine 48jährige Frau erschlagen. Nach seinen Angaben hat die Frau einen nicht einwandfreien Lebenswandel geführt und war auch öfters betrunken gewesen, was von Nachbarn bezeugt wurde. Er sei am Sonntagabend wie schon öfters mit ihr in Streit geraten und habe sie mit einem Stock geschlagen. Dabei habe er wohl den Kopf getroffen.

Raubüberfall. Am Montagabend drangen vier Männer mit Gesichtsmasken in das Büro einer Fabrik in Dresden ein und zwangen die anwesenden Personen mit vorgehaltenen Revolvern zur Herausgabe des Gelds. Die Räuber erbeuteten etwa 5000 Mark. Sie ergriffen in einem bereitstehenden Kraftwagen die Flucht und entkamen unerkant.

Die Hochwassergefahr der Oder ist seit Dienstag erschreckend gewachsen. Die Dämme bei Kusser und Modrich sind teilweise eingestürzt. Die Oderbrücke bei Neufahr ist mit schweren Steinen beschwert worden, damit sie nicht weggerissen wird. Das Wasser reicht bis an die Brücke heran. Aus Aufhalt wurde Dienstag früh größter Alarm gemeldet, da der Damm zu brechen anfängt. Das Wasser steigt weiter.

Tod zweier amerikanischer Bizekonsuln. Die Frau des Bizekonsuls der Vereinigten Staaten, Jackson, wurde bei Habana durch einen heftigen Windstoß von einem Felsen ins Meer geworfen an einer Stelle, die von Haien wimmelt. Ihr Mann und ein anderer amerikanischer Bizekonsul stürzten sich in die Fluten, um ihr Hilfe zu bringen. Alle drei ertranken.

Die Kaiserkrönung in Addis Abeba. Die Festlichkeiten aus Anlaß der Krönung des Kaisers Ras Tafari von Abessinien dauern 8 Tage. Am Montag war das große Gastmahl zu Ehren der abessinischen Kriegsführer. Während des Essens verließen die berühmtesten Krieger die kaiserliche Tafel, eilten in einen Nebenraum, in dem sie mit einem Schwertreich einem bereitgestellten Ochsen den Hals durchschlugen. Mit blutenden und noch warmen Fleischstücken kehrten sie dann an die Tafel zurück und verzehrten sie nach abessinischer Brauch zu Ehren des Kaisers. In den nächsten Tagen ist dann ein Rennen, ferner eine Kraftwagenfahrt des kaiserlichen Paares in die Umgebung, weiter eine Truppenparade und schließlich eine Ausstellung der kaiserlichen Ausrüstung.

Das am Samstag eingeweihte Standbild des früheren Kaisers Menelik, König der Könige und Nachfolger des Königs Salomo (die Kaiserin gilt als Nachfolgerin der Königin von Saba) hat viermal Lebensgröße. Es ist aus vergoldeter Bronze hergestellt.

Der Diebstahl der Verfassungsurkunde. Aus dem Archiv des Reichstags wurde bekanntlich die geschichtlich denkwürdige Verfassungsurkunde von 1849 gestohlen. Wann dies geschah, war nicht festzustellen. Es soll aber inzwischen ermittelt worden sein, daß ein polizeibekannter Einbrecher zu einer Zeit, als der Diebstahl noch nicht entdeckt war, die Urkunde an einen Althändler verkauft hat. Der Händler sei mit der Urkunde ins Ausland geflüchtet, um sie dort zu Geld zu machen.

Tausend über den Philippinen. Zahlreiche Inseln der Philippinengruppe wurden von einem gewaltigen Wirbelsturm heimgesucht. Die Zahl der Opfer soll groß sein.

„Schiller in Bauerbach.“ Am Sonntag, den 9. November, findet in Weiningen die Gründungsfeier der Nationalstiftung „Schiller in Bauerbach“ statt, die den Zweck hat, das Schillerhaus in Bauerbach zu einem Nationaldenkmal zu machen und es möglichst wieder in den Zustand zu versetzen, in dem Schiller es bewohnte. In diesem Haus wurde der Dichter auf seiner Flucht vor dem Herzog Karl Eugen von Württemberg gastfreundlich von der Familie v. Wozzogen aufgenommen, und er schrieb hier in den Jahren 1782/83 bedeutende Teile von „Kabale und Liebe“, „Fiesco“, „Maria Stuart“ und „Don Carlos“. Annendungen zur Mitgliedschaft (Jahresbeitrag 5 Mark, für Angehörige deutscher Bildungstätigen 50 Pf.) sind an das städtische Verkehrsamt in Weiningen, Markt 3, Beiträge und Stiftungen unter Postfachamt Leipzig Nr. 244 05 einzusenden.

## Lokales.

Wiltbad, den 5. November 1930.

### Gemeinderatsitzung am 4. November 1930.

Anwesend: Vorsitzender und 14 Mitglieder.  
Vor Beginn der öffentlichen Sitzung werden zunächst in Anwesenheit des Ev. Stadtpfarrers Fürsorgeangelegenheiten erledigt.  
Zum Punkt „Jahrmarkt“ führt der Vorsitzende aus, daß er zu dieser Frage nicht alles wiederholen wolle; dem Gemeinderat seien ja die Gründe, die für oder gegen den Jahrmarkt vorgebracht worden, bekannt. Der Gewerbe- und Handelsverein habe durch seinen Vertreter, G. R. Klotz, der durch eine Reise verhindert ist, der Sitzung anzumachen, beantragt, diesen Punkt der Tagesordnung zu vertagen. Der Vorsitzende hält es aber nicht für angängig, wegen Abwesenheit eines Mitgliedes einen Punkt der Tagesordnung zu vertagen. Auch der Verein reisender Kaufleute und das Oberamt dränge auf eine endgültige Entscheidung. Wie früher, müsse er heute auch wieder sagen, man sollte ein altes Stadtrecht nicht aus den Händen geben; es komme bestimmt kein Nutzen dabei heraus, sondern Schaden; einen Vertagungsantrag könne er nicht befürworten. G. R. Frischke wundert sich, daß die Jahrmarktsfrage noch einmal auf der Tagesordnung steht; der letzte Jahrmarkt habe ein erbärmliches Bild geboten; man solle bei dem letzten Beschluß bleiben, wenn aber eine nochmalige Abstimmung vorgenommen werden soll, die Sache zu vertagen, wie G. R. Klotz vorgeschlagen hat. Die Gemeinderäte Kueh, Rath, Stephan, Pfau, Großmann und Kiefer sprechen sich für Beibehaltung der Märkte aus. Die verschiedensten Gründe wurden dabei angeführt; man solle das Alte erhalten; in anderen Orten verhalten gerade Handels- und Gewerbevereine, ein Marktrecht, das schwer zu bekommen sei, zu erringen; der Jahrmarkt sei keine Konkurrenz für die hiesigen Gewerbetreibenden; solange das Gegenteil nicht bewiesen sei, könne man behaupten, daß der Markt keinen Schaden verursache usw. G. R. Huzel ist für eine Vertagung; man solle den Markt nicht aufheben, sondern vorläufig aussetzen. Die hierauf vorgenommene Abstimmung über den Antrag auf Aufhebung der Märkte ergibt Ablehnung desselben. Für Aufhebung der Märkte stimmen vier Gemeinderäte (Kappellmann, Kueh, Frischke und Weber); acht Gemeinderäte sind für Beibehaltung (Brachhold, Pfau, Kiefer, Huzel, Rath, Großmann, Stephan, Kueh); Die Gemeinderäte Bott und Waidlich enthalten sich der Stimme.

Grundstückserwerb bei der Wiltbischule. Der Vorsitzende trägt nochmals alle Gründe vor, die ihn veranlassen und veranlaßt haben, gegen eine Aufteilung des Platzes zu sprechen. Auch seien Stimmen aus der Einwohnerschaft laut geworden, die teils für, teils gegen einen Verkauf des Grundstücks sind. Er verliest zur Illustrierung diese zwei Schreiben, das letztere von den Rathschen Erben, die sich gegen den Verkauf aussprechen. Der Vorsitzende setzt voraus, daß alle der Ansicht sind, daß das Bauvorhaben mit allen möglichen Mitteln gefördert werden muß. Als weiteren Grund für seinen ablehnenden Standpunkt führt der Vorsitzende die noch nicht festgelegte Verlängerung der Wiltbischule bis zur Umlandstraße an; der Plan hiezu könnte in der bisherigen Zeit noch nicht ausgeführt werden. Der Grundstückserwerb der Stadt geschehe nicht für kurze Jahre, sondern auf lange Sicht. Ein Platz, wie das Rathsche Grundstück, sei so leicht nicht wieder zu erhalten. Er schloß seine Ausführungen mit den Worten, tun sie, was sie wollen; so gern man die Sache fördern möchte, so schwer sei die Entscheidung. G. R. Frischke wiederholt zunächst den Beschluß der letzten Sitzung, der auf Antrag des G. R. Klotz gefaßt wurde. Die Verhandlungen mit dem Vertreter des Grundstücks der Pension Eldorado seien bis jetzt mißlungen. Der Redner schildert die schwierige Lage der Handwerker und ist deshalb für eine Aufteilung des Rathschen Platzes, man solle aber den Platz dann nicht versteigern, sondern der Gemeinderat den Preis für den Quadratmeter festsetzen. G. R. Bott führt aus, zwei Punkte seien zu beachten: Förderung der Arbeitslosigkeit und die Interessen der Stadt beachten. Nicht die lange Sicht von 20 bis 30 Jahren müsse man heute im Auge behalten, sondern wie ist die Notlage der Arbeitslosen und Handwerker zu beheben. Mindestens 90 Prozent der Einwohnerschaft sei heute für Aufteilung des Grundstücks. Man solle den Arbeitslosen nicht den Rat geben, nach auswärts zu gehen. Die Frage der vorherigen Straßensanierung hält G. R. Bott für eine Verschleppung der Sache. Der Vorsitzende tritt diesen Ausführungen entgegen und erklärt, daß er niemand den Rat erteilt habe, nach auswärts zu gehen. Es sei deprimierend, wenn seine Bemühungen, Arbeit zu beschaffen, die Besprechungen mit dem Finanzminister, mit der Reichsbahndirektion, so bewertet würden. Die Stadt könne nicht für alle Erwerbslose Arbeit beschaffen, sie könne nur die Notlage lindern; diese Notlage zu lindern, liege allen Gemeinderäten am Herzen. G. R. Bott erwidert, er habe nicht angeführt, daß der Vorsitzende nichts getan habe; aber man solle Leute nicht nach dem Elend und Frankreich schicken. G. R. Waidlich stimmt seinem Vordredner zu; auch er habe von dem Gerede gehört; im übrigen stellt er fest, daß eine Besichtigung des Rathschen Platzes nicht stattgefunden habe; wenn der Vorsitzende aus Familiengründen verhindert gewesen sei, so sei doch ein Stellvertreter da. Der Vorsitzende stellt ausdrücklich fest, daß junge Leute zu ihm gekommen seien, die von sich aus nach dem Elend wollten, weil dort Arbeit vorhanden sei. Er habe dann beim Arbeitsamt angefragt, ob dies der Fall sei und eine bejahende Antwort erhalten. Wenn da junge Leute unbedingt hin wollen, könne er sie nicht zurückhalten. Sonst sei an der ganzen Sache nichts wahr. Zum Grundstückserwerb sprechen noch die G. R. Frischke, Stephan, Brachhold, Kappellmann, Großmann und Pfau. G. R. Frischke hebt hervor, daß alles für die Erwerbslosen getan werde, aber ebenso müsse es auch für die Handwerker geschehen; er erlucht um Abstimmung. G. R. Stephan führt aus, man solle das Darniederliegen der Arbeit nicht als Druckmittel für die Veräußerung des Platzes benutzen; er erhebt verschiedene Forderungen bei einem ev. Verkauf des Platzes; auch das Städtebild müsse berücksichtigt werden. G. R. Brachhold hebt den Passus des Pachtvertrages hervor, wonach der Vertrag nur gekündigt werden kann, wenn der Platz für öffentliche Zwecke Verwendung findet. Auf Antrag des G. R. Kappellmann wird eine sofortige Besichtigung des Rathschen Platzes unternommen. Die Sitzung wird unterbrochen, der Gesamt-Gemeinderat begibt sich an Ort und Stelle um das fragliche Grundstück, wie auch den Platz beim alten Friedhof oberhalb der Turnhalle einer Besichtigung zu unterziehen. Nach Wiederaufnahme der Sitzung wird auf Antrag des G. R. Kappellmann beschlossen: Der Gemeinderat erklärt sich grundsätzlich zur Abtretung des Platzes für Erstellung eines Beamtenwohnhauses mit drei Wohnungen zu je fünf Zimmer bereit. Eine Kommission bestehend aus den G. R. Frischke, Kueh und Bott, tritt am

Mittwoch morgen mit Herrn Architekt Weischedel zusammen, um endlich zu einer Vereinbarung zu kommen. Herrn Weischedel soll empfohlen werden, den oberen Teil des Platzes an der Uhländstraße zu bebauen, da dort schon die Leitungen für Gas und Wasser vorhanden sind. Die noch näher zu vereinbarenden Bedingungen behält sich der Gemeinderat vor. Stadtpfleger Brachhold gibt zu Protokoll, daß er aus Interesse für die Stadt gegen Abtretung des Platzes ist; ihm würde es die größte Freude bereiten, wenn ein anderer Bauplatz gefunden würde.

**Sonntages.** Die Zufahrt zum Bahnhof für den heutigen Kraftwagenverkehr von der Staatsstraße aus ist unzulänglich. Für eine Verbesserung lagen zwei Pläne vor. Der erste Plan wird von der Reichsbahn befürwortet; der zweite Plan sieht eine breite offene Zufahrt vor und ist bei der späteren Durchführung der Einbahnstraße für alle Tage (nicht nur Sonntage), auch für Langholzfuhrwerke der geeignetste. Der Vorsitzende wurde ermächtigt, mit der Generaldirektion der Staatsbahn und mit der Straßenbauverwaltung zwecks Beiträge zu den Kosten in Verhandlungen einzutreten. — G. R. H. J. Scheinert eine mit halblauter Stimme gemachte Äußerung eines Berichterstatters auf seine Ausführungen als eine abfällige bezogen zu haben und beschwert sich darüber beim Vorsitzenden. Der Vorsitzende ersucht, dieses zu unterlassen, da keine Beeinträchtigung des Gemeinderats stattfinden dürfe. Der Zwischenfall ist damit erledigt. — Der Vorsitzende berichtet über Bestrebungen, die das Württ. Landesamt für Denkmalspflege ausübt, um das Städtebild, namentlich in den Badeorten, zu verschönern und zu verbessern. Vor allen Dingen sollen die grellen Plakate vor den Toren der Stadt verschwinden. So hat auch kürzlich eine Befestigungsfahrt durch das Landesamt nach hier stattgefunden und sind die Beanstandungen schriftlich niedergelegt. Das Stadtbauamt wurde beauftragt, im Wege der Unterredung zu versuchen, daß die Besitzer auf die unschönen beanstandeten Plakate, Reklameschilder usw. freiwillig verzichten. Wird dies nicht der Fall sein, soll mit schärferen Mitteln vorgegangen werden. — Es kommt sodann ein Besuch der Anlieger der Rennbachstraße zur Beratung, worin um Herstellung des Gehweges auf der linken Seite und Ueberdeckung des Rennbachs ersucht wird. Nach kurzer Aussprache wurde beschlossen, den Gehweg wie in der letzten Sitzung beschlossen, auf der rechten Seite zu erstellen, zumal die meisten Häuser der Rennbachstraße auf der rechten Seite liegen und auch bei einer späteren Kanalisation der Gehweg belassen werden kann. Insofern soll dem Besuch Rechnung getragen werden, daß der Gehweg 1,50 Meter breit wird, so daß die Vorgärten teilweise bestehen bleiben; ebenso wird eine teilweise Ueberdeckung des Rennbachs stattgefunden. Das Stadtbauamt wird beauftragt, baldigst eine Vorlage darüber vorzulegen. — Das Gesuch um Verlängerung der Polizeistunde bis 1 Uhr während der Kurzeit wurde vom Ministerium des Innern abschlägig beschieden. Dagegen erhält die Ortspolizeibehörde die Erlaubnis, Tanzunterhaltungen im Sommer, die der Unterhaltung der Badegäste dienen, zu genehmigen. — Um Verwilligung eines Staatsbeitrages für die Lehrergehälter der Volksschule wurde ein neues Schreiben ausgearbeitet und der zuständigen Behörde zugeleitet. — Die Aufnahme von 5000 Mark für Zwecke des Bahnweges, die in 15 Jahresraten getilgt werden, wurde genehmigt. — Für eine Filmvorführung des Allgem. deutschen Bauergewerksbundes wurde die Befreiung von der Vergünstigungssteuer ausgesprochen. — Der Bezirksrat hat die Abtretung der Grundstücke an der Paulinenstraße für Zwecke der Wohnungsbaugesellschaft genehmigt. — Vom Land-

arbeiter-Verband, Sektion Stuttgart, ist ein Schreiben eingegangen, worin ersucht wird, die tägliche Arbeitszeit von acht Stunden bei den Waldarbeitern nicht zu überschreiten, angesichts der großen Arbeitslosigkeit. G. R. Bott macht das Forstamt bzw. die Forstmeister für die länger als acht Stunden dauernde Arbeitszeit verantwortlich; er verlangt Vorklegung der Lohnlisten. G. R. Waidelich stellt fest, daß schon im Sommer gegen eine länger als acht Stunden einschl. Wegzeit dauernde Beschäftigung Einspruch erhoben worden sei. Der Forstmeister solle mal das Arbeitszeitgesetz einsehen. G. R. Rueß gibt bekannt, daß er erfahren habe, daß hiesige Unternehmer keine Arbeiter zu ihren Arbeiten im Walde bekommen konnten, trotz der großen Erwerbslosigkeit. Von den G. R. Bott und Waidelich wird geantwortet, daß das daran liege, daß diese Unternehmer keinen entsprechenden Lohn bezahlen wollen. Vom Vorsitzenden wird erklärt, daß Stadtbauamt und Forstamt angewiesen werden sollen, die im Stunden- oder Taglohn Beschäftigten einschl. Wegzeit nicht länger als acht Stunden zu beschäftigen. Inzwischen hat der Stadtpfleger die Lohnlisten herbeigebracht und wird festgestellt, daß tatsächlich in einzelnen Fällen länger als acht Stunden gearbeitet wurde. Bei dieser Gelegenheit führt der Stadtpfleger aus, daß man versuchen müsse, das Brennholz unter der Hand an die Bürger zu verkaufen, es bleibe sonst liegen. — Vom Feuerwehrdienst werden befreit Christian Eitel und Karl Weber. — Die allgemeine Not hat verschiedenen Staats- und Gemeindeparlamenten Veranlassung gegeben, auf ihre Diäten teilweise oder ganz zu verzichten. Deshalb nahm auch in der gestrigen Sitzung G. R. Frischke Veranlassung, den Antrag zu stellen, der Gemeinderat möge mit Wirkung vom 1. November ab zu Gunsten der Notleidenden und Hilfsbedürftigen auf seine Sitzungsgelder verzichten. Da am 1. Dezember die neue Gemeindeordnung in Kraft tritt, wird beschlossen, bis dahin zuzuwarten. G. R. Frischke erklärte sich mit dieser Behandlung seines Antrages, der auch von den übrigen Gemeinderäten unterstützt wird, einverstanden. — Sodann wurde noch beschlossen, die Kindererpeisung (Milchabgabe) im vorjährigen Umfange auch heuer wieder einzuführen. —

Schluß der öffentlichen Sitzung 6.30 Uhr. Es folgt noch eine nichtöffentliche Sitzung, die sich bis 9 Uhr hinzieht.

### Handel und Verkehr

#### Gegen die Arbeitszeitverkürzung

Die Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände hat in einer Sitzung in Berlin zur Frage der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit durch Arbeitszeitverkürzung Stellung genommen und einstimmig erklärt: Die Arbeitszeitverkürzung ist abzulehnen, weil sie die Erzeugungskosten wesentlich steigern würde und damit im Widerspruch zu der von der Regierung eingeleiteten Preisentlastung stehe. Durch Verkürzung der Arbeitszeit und Vermehrung der Arbeiterzahl lasse sich, wie die Praxis lehre, nicht die gleiche Menge erzeugen. Würden die Löhne nicht ausgleichend gelenkt, so hätten die Betriebe Erhöhung der Selbstkosten, auch wenn der einzelne Arbeiter durch die Zeitverkürzung weniger Lohn erhielte. Dieser Weg scheide also von vornherein aus, da die Gesamtproduktion nicht entlastet würde. Die Forderung der Arbeitszeitverkürzung gehe an dem Grundproblem vorbei, dessen Lösung allein auf die Dauer die Arbeitslosigkeit vermindern könne: Senkung der Selbstkosten. Unter dem häufigen Schichtwechsel der Arbeiter lasse sich aber auch bekanntlich die Güte der Erzeugnisse bzw. Steige der Prozentsatz der Ausschußware stark, was wiederum die Selbstkosten steigere. Rein zahlenmäßig lasse sich diese Frage überhaupt nicht behandeln. Soweit die Selbstkosten der Wirtschaft durch die Löhne beeinflusst werden und Deutschland habe von allen Ländern die höchsten Löhne, sei eine Senkung der Selbstkosten nur möglich entweder durch

Senkung der Löhne oder durch Verlängerung der Arbeitszeit bei gleichbleibendem Wochenlohn.

### Neue wichtige Reichsgerichts-Entscheidungen

Beim Kaufvertrag unterliegen Ansprüche wegen Mängel der abgelieferten Ware auch dann der kurzen Verjährung des § 477 BGB., wenn sie aus einer schuldhaften Vertragsverletzung hergeleitet werden. Nur ein arglistiges Verschweigen des Verkäufers schließt die Anwendung dieser Vorschrift aus.

Beim Fehlen anderer tariflicher Vereinbarungen hat der Arbeitnehmer während des Urlaubs Anspruch auf Zahlung desjenigen Arbeitslohns, den er verdient haben würde, wenn er in den Urlaubslagen gearbeitet hätte. Regelmäßige Zulagen sind deshalb weiter zu zahlen, sofern nicht der einschlägige Tarifvertrag oder andere wirksame Abreden dem entgegenstehen.

Auch eine Einstellung auf Probe ist ein festes Dienstverhältnis und darf nicht auf lässliche Kündigung erfolgen. Beim Handlungsgehilfen ist vielmehr § 67 HGB. maßgebend, demzufolge die Kündigungsfrist nicht weniger als einen Monat betragen darf und die Kündigung nur auf den Schluß eines Kalendermonats zulässig ist.

Berliner Dollarkurs, 4. Nov. 4,1945 G., 4,2025 B.

Di. Abi.-Anl. 54.

Di. Abi.-Anl. ohne Ausl. 6,60.

Berliner Geldmarkt, 4. Nov. Tagesgeld 6-8 v. H., Monatsgeld 6-7 v. H.

Privatdiskont: 4,875 v. H. kurz und lang.

Die Zusammenballung der öffentlichen Gelder. Bei der Einweihung des neuen Reichsbankgebäudes in Dresden sprach sich der sächsische Ministerpräsident Schick scharf gegen die ungeliebte Zusammenballung der öffentlichen Gelder in Berlin vermöge des verkehrten Steuersystems aus. Der Gesamtorganismus der deutschen Wirtschaft leide darunter. Für die sächsische Wirtschaft mit ihren vielen Mittel- und Kleinbetrieben müsse es besonders drückend wirken, wenn ihr das zu ihrer Befruchtung nötige Kapital entgehe.

### Markte

Stuttgarter Schlachtwiechmarkt, 4. Nov. Dem heutigen Markt waren zugeführt: 28 Ochsen, 29 Bullen, 365 Jungbullen, 390 Jungriinder, 221 Kühe, 905 Kälber, 2297 Schweine. Davon blieben unverkauft 69 Jungbullen, 50 Jungriinder, 100 Schweine. Verkauf des Marktes: Großvieh in besten Tieren mäßig beliebt, in geringeren Qualitäten vernachlässigt, Ueberstand; Kälber ruhig; Schweine mäßig beliebt, Ueberstand.

Ochsen:	4 11	30 10	Kühe:	4 11	30 10
ausgemästet	52-55	—	fleischig	28-28	—
vollfleischig	46-50	—	gering genährt	17-21	—
fleischig	—	—	Kälber:		
Bullen:			feinste Mast- und beste Saughälber:	71-74	70-74
ausgemästet	49-50	48-50	mittl. Mast- und gute Saughälber:	61-60	60-68
vollfleischig	45-47	45-47	geringe Kälber	53-53	53-58
fleischig	—	—	Schweine:		
Jungriinder:			über 300 Pfd.	63-64	60
ausgemästet	56-58	56-58	240-300 Pfd.	63-64	60
vollfleischig	49-54	48-54	200-240 Pfd.	62-64	59-60
fleischig	45-48	—	160-200 Pfd.	61-63	57-58
gering genährt	—	—	120-160 Pfd.	58-60	56-57
Kühe:			unter 120 Pfd.	68-60	66-67
ausgemästet	39 44	—	Ziegen	48-50	—
vollfleischig	30-36	—			

Umer Schlachtwiechmarkt vom 4. Nov. Zufuhr: 9 Ochsen, 8 Farren, 22 Kühe, 11 Kinder, 135 Kälber, 251 Schweine. Preise: Ochsen a 50-52, Farren a 46-48, b 42-44, Kühe b 23-30, c 16-24, Kinder a 52-54, b 46-50, Kälber a 68-70, b 64-66, Schweine a 52-54, b 48-50 M.

## Wegverbot.

Wegen Holzhauerei-Betrieb ist das Ziegelsteigle ab Donnerstag, den 6. November und der Panoramaweg ab Freitag, den 7. November für den öffentlichen Verkehr bis auf Weiteres gesperrt.

Wildbad, den 5. November 1930.

Städt. Forstamt

## Tragen Sie



## Fußarztschuhe

mit den unsichtbar eingebauten Gelenkstützen

Millionenfach bewährt

18.50 21.00 24.00

Alleinverkauf:

## Schuhhaus Lutz

neben der „Sonne“

## Flechthen

Herr E. H. in Schöppisdorf schreibt uns: „Unterzeichneter bezeugt, daß ich durch Sie non den lästigen Flechten, an welchen ich 11 Jahre gelitten habe, in 8 Tagen geheilt worden bin.“

Auskunft kostenlos. Sanitas-Betrieb, Zirndorf (Bayern).

Die beste Reklame ist und bleibt das Zeitungs-Inserat



EIN WICHTIGES DATUM

Der Schlußtag

der großen Pilo-Preis-Frage.

Jetzt können Sie noch daran teilnehmen.

Es ist aber höchste Zeit.

Prospekte mit Teilnahme-Schein erhalten

Sie bei Ihrem Kaufmann oder von den

Pilowerken Mannheim.

Das Ergebnis der großen Pilo-Preisfrage

wird Mitte Januar an dieser Stelle be-

kanntgegeben. — Die Preise gelangen

noch vor Weihnachten zum Versand.

20.000 MARK PREISE

Zu Geschenkwzwecken

geeignet:

## Strubenhardt

Aus des Enztals verklungenen Tagen von L. Schwarz, Höfen.

Vorrätig im Selbstverlag des Verfassers und in den Buchhandlungen Geschw. Flum Trittlar (Inh. Ernst Löhlich).



Heute abend punkt 8 Uhr

Singstunde Bitte vollzählig

## Schreibmaschinen

nebst Zubehör kaufen Sie billigst bei GESCHW. FLUM Buch- und Papierhandlung.

## frische fische

treffen morgen ein

Blutfischer

Rabeljau im ganz. Fisch 50 Pfd.

Rabeljaufilet Merlans, Schellfisch

Zum Abendtisch empfehlen:

Frankfurter Delikateß-Würstchen 3 Paar 55 Pfd.

Weinsülze Pfd. 55 Pfd.

Leber- und Blut-Schwartenmagen Pfd. 75 Pfd.

1/2 Pfd. 20 Pfd.

Schweizerkäse vollfäutig 70 Pfd.

Edamer 1/2 Pfd. 40 Pfd.

Camembert 1/2 Pfd. 95 Pfd.

und 5% Rabatt

Pfannkuch

### Der dicke Schal

hält zwar warm, er schützt aber nicht die empfindlich. Schleimhäute der Atmungsorgane gegen Erkältungen. Vergessen Sie deshalb nie die bewährte „Kaiser's Brust-Caramellen“ bei sich zu führen und weisen Sie Nachahmungen zurück. Über 15000 beglaub. Zeugnisse sprechen für die großen Erfolge der echten

Kaiser's Brust-Caramellen mit den 5 Tannen



Zu haben bei: Stadtpotheke H. Stephan; Eberhard-Drogerie K. Plappert; Wilhelm Bott; Emille Hammer; Ludw. Kappelmann; C. Aberle, Inh. C. Blumenthal u. wo Plakate sichtbar.

## Waldhämmer

Namenbrenneisen

billigt bei L. Schwarz, Höfen.

